



Presseschau vom 04.08.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Ukrainische Soldaten haben einen Beschuss der Umgebung von **Jasinowataja** mit schweren Waffen begonnen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Gegen 20:50 hat die ukrainische Seite das Feuer auf das Territorium des Gewerbegebiets und die Umgebung von Jasinowataja mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm eröffnet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Die Quelle fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte neben Artillerie auch Mörser und Panzertechnik verwenden. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Wozu treffen sich Außenminister von Ex-Sowjetrepubliken in Washington mit Kerry?

Die Außenminister von fünf zentralasiatischen Ländern, darunter Usbekistan, und den USA haben in Washington an einem Treffen im Format „C5+1“ teilgenommen, wie der Pressedienst des usbekischen Außenministeriums am Donnerstag mitteilt.

„Die Außenminister Kasachstans, Kirgisiens, Tadschikistans, Turkmenistans, Usbekistans und der USA haben ihre Meinungen über Entwicklungsaussichten in Wirtschaft, Umweltschutz und Sicherheit ausgetauscht“, heißt es.

Demnach fanden im Rahmen des Formats „C5+1“ auch Gespräche mit US-Geschäftsleuten und Privatinvestoren statt, die Interesse am zentralasiatischen Markt zeigen.

Zuvor hatte der für Zentralasien zuständige Berater des US-Außenministers, Daniel Rosenblum, gegenüber Journalisten gesagt, dass die USA mit fünf gemeinsamen Projekten durch das Treffen in Washington rechneten.

Im November 2015 hatten sich der US-Außenminister und seine Amtskollegen aus fünf Ländern Zentralasiens in Samarkand (Usbekistan) über die Bildung des neuen Formats „C5+1“ verständigt. Sein Ziel ist ein regelmäßiger politischer Dialog zu Fragen von allseitigem Interesse.

Ukrinform.ua: Der Gerichtshof der Europäischen Union hat die im Jahr 2014 durch die EU verhängten Sanktionen gegen den jüngsten Sohn des geflüchteten Präsidenten Wiktor Janukowitsch aufgehoben.

Die entsprechende Entscheidung erschien auf der Website des Gerichtshofs.

Der jüngste Janukowitsch hatte die Klage über die Aufhebung der Sanktionen noch im Jahr 2014 anhängig gemacht. Im März 2015 soll er umgekommen sein. Seine Witwe kämpfte weiter um die Aufhebung der Sanktionen.

Der jüngste Sohn von Janukowitsch wurde im Jahr 2015 von der Sanktionsliste im Zusammenhang mit seinem Tod gestrichen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und die Folgen

Ukrainische Truppen haben am Morgen mit Artilleriesystemen des Kalibers 152mm die Umgebung des **Jasinowatajer Teils der Donezker Filterstation** beschossen, es wurden Stromleitungen beschädigt. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Um 7:25 hat die ukrainische Seite einen Schlag auf das Gebiet der Donezker Filterstation mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm verübt. Die Stromleitungen, die in der Umgebung der Filterstation liegen, wurden beschädigt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Bisher ist nicht klar, ob die Donezker Filterstation selbst vom Strom abgeschnitten ist, Einzelheiten werden aufgeklärt“.

Der Pressedienst der kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ konnte bisher keine Auskunft über die entstandene Situation geben.

„Von 19:45 bis 7:30 am Morgen haben die ukrainischen Streitkräfte mit schweren Waffen und Mörsern die Dörfer **Wasiljewka, Spartak** und die Umgebung von **Jasinowataja, Sajzewo** im Norden von **Gorlowka, Trudowskije** im Westen von **Donezk**, das Gebiet des ehemaligen Flughafens und die Umgebung des Volvo-Zentrums sowie **Makejewka** beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. „Insgesamt wurden 154 Artilleriegeschosse des Kalibers 122 und 152mm sowie 180 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm abgefeuert.“

Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner von den Positionen in den Gebieten von Awdejewka, Talakowa, Schirokino, Wodjanoje, Showanka und Marjinka aus. Mehrere Wohnhäuser wurden beschädigt.

Informationen über Verletzte sind bisher nicht eingegangen.

„Um 22:00 wurde durch einen Beschuss die Donezker Filteranlage vom Strom abgeschnitten, das Personal wurde in einen Schutzraum evakuiert“, teilte der Pressedienst des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ mit.

Die Gesprächspartnerin der Agentur fügte hinzu, dass Spezialisten des Unternehmens derzeit die Beschädigungen untersuchen und einen Wiederaufbauplan erstellen.

Probleme mit der Stromversorgung gibt es nach den nächtlichen Beschüssen auch in den Dörfern im Süden der Republik. Der Leiter des Nowoasowskij-Bezirks Oleg Morgun erklärte, dass die Einwohner von **Kominternowo** keinen Strom haben sowie ein Teil von **Sachanka**. „Die Nacht verlief schrecklich. Verletzte gibt es keine, aber Stromleitungen wurden zerstört. Kominternowo ist vollständig ohne Strom. Außerdem wurden durch Beschüsse ein Transformatorunterstation in Sachanka beschädigt, das Dorf ist teilweise ohne Strom“, erzählte Morgun.

De.sputniknews.com: Russland und China planen Manöver: „Sich dem Druck der USA gemeinsam entgegensetzen“

Russland und China wollen ein gemeinsames Marinemanöver abhalten, und zwar in einem Gebiet, das für Washingtons aktuelle Eindämmungspolitik gegen Peking maßgeblich wichtig ist.

Im Hinblick auf das Manöver, das Russland und China in einem Monat im Südchinesischen Meer planen, schreibt die russische Onlinezeitung vz.ru am Donnerstag: „Mindestens vier Kriegsschiffe der russischen Pazifikflotte sollen daran teilnehmen, doch es kommt nicht auf die eigentliche Zahl an. Im vergangenen Monat hatten die USA im selben Meer mit ihren Verbündeten geübt. Am demonstrativen Charakter der beiden Manöver besteht kein Zweifel.“

„Offiziell sind Russland und China keine Verbündeten, doch in den letzten Jahren demonstrieren sie immer anschaulicher, dass sie immer mehr gemeinsame Interessen und Ziele haben und bereit sind, sich dem Druck der USA gemeinsam entgegenzusetzen“, so der Kommentar von vz.ru.

Eine Eindämmungspolitik gegen China sei für die USA von hoher Priorität, Washington nehme den Pazifik stärker ins Visier: „Eigentlich hatten die USA nie damit aufgehört, eine Pazifikmacht zu sein: Der Atlantismus ist bloß eine Bezeichnung für die globalistische Ideologie.“

„Der Eindämmungs-Bogen gegen China verläuft derzeit von Südkorea und Japan über Taiwan und die Philippinen bis hin zu Singapur. Die US-Stützpunkte versperren den Chinesen die östliche Richtung und hindern sie auch daran, ihren militärischen Einfluss nach Süden auszubreiten. Dabei ist ausgerechnet der Süden für China eine maßgeblich wichtige Richtung“, postuliert vz.ru.

„Zwar bedeutet dies nicht, das China südostasiatische Länder annektieren will. Doch China geht zu Recht davon aus, dass diese Staaten, die von alters her kulturell, wirtschaftlich und sogar ethnisch unter seinem Einfluss stehen, in den Bereich seiner nationalen Interessen gehören. Die europäischen Kolonisatoren hatten zunächst Südostasien besetzt und von China abgeschnitten und erst dann mit einer Expansion unmittelbar nach China begonnen. Nun holt China auf“, heißt es weiter.

„Für die Vereinigten Staaten ist die Eindämmung gegen China im Pazifikraum und in Südostasien grundsätzlich wichtig. Sonst sind alle Ansprüche der USA darauf, den Status des Welt-Hegemonen zu behalten, sinnlos“, kommentiert die russische Onlinezeitung. In nächster Zukunft seien die USA allerdings kaum in der Lage, China einzudämmen: „Nicht nur die geschichtlichen Zyklen, sondern auch die ‚banalen‘ Dinge wie Chinas wirtschaftlicher und militärischer Aufstieg machen alle Versuche sinnlos, die chinesische Spannfeder in dieser Richtung gewaltsam oder diplomatisch aufzuhalten. Trotzdem wird Washington mit allen möglichen Mitteln die chinesische Ausbreitung bremsen (...) Der wichtigsten Spannungspunkt zwischen China und den USA ist derzeit das Südchinesische Meer – und ausgerechnet dort soll das russisch-chinesische Manöver im September stattfinden.“

Russland mische sich nicht in den Streit um die Spratly-Inseln ein, betone aber, dass die Streitregelung unter den dortigen Ländern nicht von Kräften von außen beeinflusst werden

dürfe, und verurteile damit die amerikanische Einmischung, schreibt vz.ru.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Peking wirft den USA Kooperation mit den sogenannten „Separatisten“ in Hongkong und Taiwan vor, um China zu destabilisieren und das Land ins Chaos zu stürzen, wie CNN Hong Kong berichtet.

Die Oberste Volksanwaltschaft Chinas hat ein Video veröffentlicht, wo Bilder aus dem kriegszerrissenen Irak und Syrien auf das moderne China übertragen werden. „Was ist, wenn aus China einmal ein Syrien, eine Ukraine oder eine Türkei wird?“, heißt es in den Untertiteln.

„Separatismus in Tibet, Xinjiang, Hongkong und Taiwan, Dissidentenführer und Agenten aus dem Westen beeinträchtigen Chinas innere Stabilität und Harmonie. Hinter all diesen Vorfällen sehen wir einen dunklen Schatten der ‘Stars and Stripes’ (Nationalflagge der USA, auch Sternenbanner genannt – Anm. der Red.)“, so das Video weiter.

Die Volksanwaltschaft warnt CNN zufolge auf Weibo: „Bereiten Sie sich auf bunte Revolutionen vor“ und „Das friedliche und stabile China kann sich in ein Syrien oder einen Irak verwandeln“.

De.sputniknews.com: Die westlichen Medien müssen endlich den Verbrechen mehr Aufmerksamkeit schenken, die die sogenannte „gemäßigte“ Opposition in Syrien verübt, wie die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa sagte.

Zuvor war ein Giftgasangriff auf ein Wohnviertel im östlichen Teil von Aleppo gemeldet worden. Das Viertel war aus dem Gebiet Sukkari beschossen worden, welches Kämpfer der Extremistengruppe Harakat Nour al-Din al-Zenki kontrollieren. Sieben Menschen wurden getötet, mehr als 20 Syrier mussten in Krankenhäuser gebracht werden.

Wie auch Sacharowa in ihrem Facebook-Profil schreibt, wurden die Harakat Nour al-Din al-Zenki schon mehrmals der Ermordung von Frauen und Kindern in Aleppo beschuldigt. Und dennoch zähle diese Rebellengruppe zur „gemäßigten Opposition“ und genieße die Unterstützung der USA.

Derweil hätten, so Sacharowa, bewaffnete Gruppierungen der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) die Stadt und IS-Hochburg Manbidsch (auch Manbij) in der Provinz Aleppofast vollständig blockiert und in den Wohnvierteln erbitterte Kämpfe geführt, was viele zivile Opfer gefordert habe. Laut Sacharowa „führt die US-Luftwaffe zur Unterstützung der SDF weniger Schläge gegen konkrete Objekte des IS (Islamischer Staat, Daesh), als vielmehr gegen die Stadtviertel“ aus.

Dem russischen Außenministerium vorliegenden Daten zufolge haben die US-Luftwaffe und die Koalition bereits mehr als 90 Angriffe auf einfache Stadtviertel geflogen, bei denen hunderte friedliche Einwohner getötet und tausende verletzt wurden.

„Wenn unsere westlichen Kollegen, in erster Linie in Washington, wieder alles tun, um diese Tatsachen zu ignorieren, dann verlieren all ihre Worte über ein ‚Einstellen des Blutvergießens in Syrien‘ ihren Sinn. Ich hoffe sehr, dass die westlichen Medien – in ihrer Masse, und nicht nur Matthew Lee – in sich die Kraft finden werden, über die Verbrechen der ‚Gemäßigten‘ und über deren Finanzquellen zu schreiben“, so Sacharowa.

„Ich wende mich an Sie, an The New York Times, Le Figaro, die Bild-Zeitung, aber ebenso an jene, die regelmäßig die ‚Londoner Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte‘

zitieren. Besonders an die Bild-Zeitung, denn bisher hat dieses Boulevardblatt ausschließlich Meldungen über Erfolge der russischen Olympia-Auswahl in Rio den Boykott erklärt. Es besteht Hoffnung, dass dieses Blatt auch Platz für ein paar Absätze über die Untaten der ‚gemäßigten Opposition‘ in Syrien findet. Ein paar Absätze haben wirklich noch niemandem geschadet“, merkte Sacharowa an.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko

Die OSZE-Mission hat in ihrem Bericht bestätigt, dass in der Nacht auf den 2. August Stachanow von Kiewer Truppen beschossen wurde.

„Ich will die Aufmerksamkeit auf den fortgeführten Betrug des ukrainischen Volks durch dessen eigene käufliche Presse lenken. Dies wird dadurch bestätigt, dass berichtet wird, dass der Beschuss von Stachanow angeblich von unserer Artillerie durchgeführt wurde“, sagte Marotschko.

„Obwohl im offiziellen Bericht der OSZE-Mission festgestellt wird, dass der Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen erfolgte“, unterstrich er.

„Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz hat sich in den letzten 24 Stunden stabilisiert. Im Verlauf der letzten 24 Stunden wurden das erste Mal seit langer Zeit keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung festgestellt“, sagte Marotschko.

„Allem Anschein nach ist dies mit den gestern durchgeführten Verhandlungen verbunden, wir hoffen, dass das auch weiter so sein wird“, sagte der Major.

„Ich möchte anmerken, dass vor den Verhandlungen, am 2. August, die ukrainischen Streitkräfte aktive provokative Beschüsse auf das gesamten Territorium der Republik entlang der ganzen Kontaktlinie durchgeführt haben, in deren Ergebnis friedliche Einwohner von Stachanow verletzt wurden. An den Beschüssen waren die Kommandeure der 59., 54, 93, und 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte beteiligt“, erinnerte der Vertreter der Volksmiliz.

„Die ukrainischen Truppen haben nicht mit den Versuchen aufgehört, Provokationen an der Kontaktlinie durchzuführen, und besetzen in Verletzung der Minsker Vereinbarungen Teile der „grauen Zone“, sagte er.

„So wurde eine Verstärkung der Befestigungsanlagen der 54. Brigade im Gebiet von Golobowskoje festgestellt, was von der Vorbereitung eines Aufmarschortes für Diversionsaktivitäten auf dem Territorium der LVR zeugt“, erläuterte der Major.

„Das Kommando der sogenannten „ATO“ verletzt weiterhin die Bedingungen zur Stationierung von schweren Waffen, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind. So wurde nach Angaben unserer Aufklärung im Gebiet von Soledar, 15 km von der Kontaktlinie, eine provisorische Feuerpositionen eines Zugs 152mm-Haubitzen „Msta-B“ der 26. Brigade bemerkt“, teilte Marotschko mit.

„In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte ist eine niedrige Personalausstattung in den Abteilungen, die an der Strafoperation im Donbass teilnehmen, festzustellen“, stellte er fest.

„Dies ist mit der Demobilisierung der fünften Mobilisierungswelle, dem Fehlen von Personen, die ihr Leben für die „Ukrops“ und die Haufen Verbrecher, die sich in der Folge eines Staatsstreichs an der Macht befinden, geben wollen, verbunden“, erklärte der Vertreter der Verteidigungsbehörde der Republik. „So wurde wegen dieser „Mangelausstattung“ in den Abteilungen der 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Staniza Luganskaja ein Checkpoint aufgelöst“.

De.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin will bei dem bevorstehenden Treffen mit seinem iranischen Amtskollegen Hassan Rouhani unter anderem über militärtechnische Kooperationen sprechen, wie Putins Sprecher Dmitri Peskow gegenüber der Zeitung „Iswestija“ sagte.

Diesbezügliche Gespräche zwischen den beiden Staatschefs könnten am Rande eines Gipfeltreffens zwischen Russland, dem Iran und Aserbaidschan in dessen Hauptstadt Baku

stattfinden.

Laut dem Blatt haben Putin und Rouhani vor, den Ausbau der militärtechnischen Kooperation zwischen beiden Ländern zur Sprache zu bringen. Teheran sei sehr an der neuesten russischen Militärtechnik interessiert. Außerdem solle, so „Iswestija“, von der Erhöhung des Niveaus des Zusammenwirkens bei gemeinsamen Übungen die Rede sein.

Wie die „Iswestija“ unter Verweis auf eine Regierungsquelle mitteilt, wird auch der für die Rüstungsindustrie zuständige Vizepremier Dmitri Rogosin der russischen Delegation in Baku angehören.

Zuvor hatte der Kreml-Pressedienst mitgeteilt, dass Präsident Putin am 8. August in Baku am ersten trilateralen Gipfeltreffen zwischen Aserbaidschan, dem Iran und Russland teilnehmen werde.

Auf der Tagesordnung stehen Fragen der internationalen und regionalen Politik, die Vertiefung der praktischen Zusammenarbeit im Energiesektor sowie im Verkehrswesen.

Ukrinform.ua: Malaysia gehört zu den wichtigsten Partnern der Ukraine in der asiatisch-pazifischen Region und heute beginnt eine absolut neue Ära in den bilateralen Beziehungen der beiden Staaten, erklärte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko im Beisein des Premierministers von Malaysia, Najib Razak, bei der Verkündung der gemeinsamen Erklärung für die Medien, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Das ist der erste Besuch des ukrainischen Staatsoberhauptes in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen. Es ist eine große Ehre für mich. Heute beginnen wir eine absolut neue Ära in unseren bilateralen Beziehungen. Wir halten Malaysia für einen der wichtigsten Partner in der asiatisch-pazifischen Region“, sagte Poroschenko, anmerkend, er sei sehr beeindruckt mit dem großen Wirtschaftswachstum in Malaysia.

So berichtete der Präsident, er habe mit dem Premierminister von Malaysia sehr fruchtbare Verhandlungen über eine Vielzahl von bilateralen Fragen geführt, die unter anderem die regionale und internationale Sicherheit anbelangten. Die Parteien sind überein gekommen, es sei notwendig, das aktive und hohe Niveau des Dialogs zwischen den beiden Ländern zu pflegen.

„Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten sehr dankbar für seine ständige Unterstützung und die Demonstration dieser Unterstützung hinsichtlich der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit meines Landes. Malaysia hat die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2014 gegen die rechtswidrige Annexion der Krim und die Aggression gegen mein Land unterstützt“, sagte der ukrainische Staatschef.

Ukrinform.ua: Die Verantwortlichen für den Abschuss der Malaysia-Airlines-Maschine mit der Flugnummer MH17 müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Das erklärte Premierminister des Landes Najib Razak am Donnerstag auf einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko.

„Wir wollen die Wahrheit hören und ein faires Gerichtsverfahren und die Verantwortung der Täter gewährleisten. Derzeit beschäftigen wir uns mit Ermittlungsberichten und hoffen, dass die Ermittlungen bis Ende des laufenden Jahres abgeschlossen werden“, sagte der Regierungschef. Vertreter von fünf Ländern, deren Staatsangehörige in der Katastrophe starben, würden bald ihre weiteren Handlungen abstimmen.

Präsident Poroschenko sagte: „Wir bestätigen unsere gemeinsame Position bezüglich der Ermittlungen der Katastrophe von MH17. Ich bin sicher, dass wir alle Maßnahmen getroffen haben, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen“.

Wie die Ukrinform zuvor mitteilte, wurde die Boeing 777 am 17. Juli 2014 auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur über der Ostukraine von einer russischen Buk-Luftabwehrrakete abgeschossen. Alle 298 Menschen an Bord starben.

De.sputniknews.com: Russland hat mehr als 15 Tonnen humanitärer Uno-Hilfsgüter in die syrische Stadt Deir ez-Zor gebracht, wie aus einer Mitteilung des russischen Zentrums für Aussöhnung in Syrien hervorgeht.

„Mit Hilfe eines Frachtflugzeuges der russischen Fluggesellschaft ‚Abakan Air‘ wurden über 15 Tonnen humanitärer Hilfsgüter der Uno über der von der Terrormiliz Daesh (auch IS, Islamischer Staat) besetzten syrischen Stadt Deir ez-Zor abgeworfen“, hieß es.

Außerdem wurden mittellosen Familien in der Ortschaft Kessab, Provinz Latakia, zwei Tonnen Mehl, Tee, Fleisch- und Fischkonserven geliefert...

Dan-news.info: Die Behörden der DVR haben eine Indizierung der Renten der Einwohner der Republik durchgeführt, die Zahlungen werden ab August 2016 um 10 Prozent erhöht.

Dies teilte heute der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR mit.

„Es hat die Finanzierung der Renten der zivilen Rentner und der Rentner aus den militärischen Strukturen begonnen, mit dem Ergebnis einer Erhöhung der Rentenzahlungen um 10 Prozent entsprechend dem Erlass des Oberhauptes der DVR“, erklärte die Behörde. Die Mindestrente in der DVR beträgt 2087 Rubel.

De.sputniknews.com: Die Zentralbank der Ukraine hat zum Gedenken der Zwangsumsiedlung der Krim-Tataren eine spezielle Münze herausgegeben, wie das Nachrichtenportal „lenta.ru“ berichtet. Auf der neuen Münze ist die Halbinsel auf Eisenbahnradern dargestellt.

Seit Mai dieses Jahres ist die limitierte Gedenkmünze aus Neusilber im Wert von 5 Hrywnja (umgerechnet etwa 20 Eurocent) bereits im Umlauf und schon jetzt ein Sammlerobjekt. Die Auflage beträgt 30.000 Stück. Zudem hat die ukrainische Notenbank 2.000 Silber-Münzen zur selben Thematik im Wert von 10 Hrywnja herausgegeben.

Indes bringt Russlands Zentralbank eine Münzserie heraus, die denjenigen europäischen Staaten gewidmet sein soll, die die Rote Armee von den Faschisten befreite. Auf den Münzen werden die Wahrzeichen von Belgrad, Berlin, Bratislava, Budapest, Bukarest, Chisinau, Kiew, Minsk, Prag, Riga, Tallinn, Warschau, Wien und Vilnius abgebildet sein. Das Außenministerium Litauens erklärte daraufhin, Russland sei „zur historischen Wahrheit über die sowjetische Besatzung“ nicht bereit.

Am vergangenen Dienstag kommentierte die russische Zentralbank die negative Reaktion des litauischen Außenministeriums auf die neue Münzausgabe, die unter anderem die Befreiung Vilnius durch die Sowjetarmee thematisiert: „Keine geopolitischen Veränderungen, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ereignet haben, können die unbestrittene Bedeutung des Sieges über den Faschismus für alle Völker Europas und der Welt in Frage stellen“, so ein Sprecher der Notenbank. „Und eben diesem Sieg ist die Gedenkmünzenserie der russischen Zentralbank gewidmet.“

Die Massendeportation der Krim-Tataren wurde von der Sowjetführung im Jahr 1944 befohlen. Im April 2014, nach dem Anschluss der Krim an Russland, hat der russische Präsident Wladimir Putin die Rehabilitation der Krim-Tataren und anderer Völker der Halbinsel, die von Repressionen betroffen waren, angeordnet.

Ukrinform.ua: Im italienischen Parlament ist der weitere Versuch einiger Parteien, eine Resolution über die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland zu verabschieden, gescheitert, teilte heute per Facebook der Botschafter der Ukraine in Italien, Jewhen Perehygin, mit.

„Die Mitglieder der Abgeordnetenkammer haben den Resolutionsentwurf der oppositionellen politischen Kraft ‚Bewegung der 5 Sterne‘ nicht unterstützt, der den Appell an die italienische Regierung enthält, sofort die Sanktionen gegen Russland aufzuheben“, schreibt er.

Im Gegenteil, die Abgeordnetenkammer hat dem ukrainischen Botschafter zufolge am 3. August eine Resolution angenommen, die zur vollständigen Umsetzung der Minsker Abkommen zwecks der Gewährleistung der Stabilität des ukrainischen Staates aufruft.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat heute erstmals republikanische Pässe an Soldaten der Republik übergeben. Die Zeremonie fand in Donezk in festlicher Atmosphäre statt.

„Heute gibt es bei uns ein bedeutsames Ereignis, wir übergeben heute Pässe an Soldaten. Ich meine, dass ihr wie niemand anders verdient als erste einen Pass zu erhalten, weil ihr euer Leben und eure Gesundheit aufs Spiel setzt, täglich gibt es Verluste“, sagte das Oberhaupt der DVR zu den Versammelten. „Ich bin heute stolz und glücklich, dass ich die Möglichkeit habe, euch diese Pässe zu überreichen“.

36 Soldaten erhielten einen Pass. Sachartschenko fügte hinzu, dass in der nächsten Zeit alle Soldaten der Republik DVR-Pässe erhalten.

Der Leiter des Migrationsdienstes des Innenministeriums der Republik Wladimir Krasnoschtscheka, der auch an der Zeremonie teilnahm, erklärte gegenüber DAN, dass die Ausgabe von Pässen an die Bevölkerung aktiv läuft; mehr als 6000 Einwohner haben schon einen republikanischen Pass erhalten.

„Es gibt bei uns viele, die einen Pass wollen, es wurden schon 12.000 Anträge angenommen. In den örtlichen Abteilungen gibt es riesige Schlagen, deshalb bitten wir alle, die den Pass nicht dringend brauchen, keine Aufregung zu erzeugen. Denn zuerst bekommen diejenigen Pässe, die gar keine Dokumente mehr haben. Nach unseren Informationen gibt es davon bei uns etwa 150.000“, erzählte der Leiter des Migrationsdienstes.



<https://pp.vk.me/c631627/v631627880/4b432/rCfxbIK6kPo.jpg>

De.sputniknews.com: Die „Restauration“ der Beziehungen mit der Türkei und die Situation in Syrien sollen bei dem bevorstehenden Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan erörtert werden, sagte der Pressesprecher des russischen Staatschefs, Dmitri Peskow, am Donnerstag.

„Es steht ein ernsthafter Meinungs austausch darüber bevor, in welchem Tempo und in welcher Reihenfolge wir unsere Beziehungen ‚restaurieren‘ sollen. Es gibt aktuelle Fragen

der Wirtschaftstätigkeit. Es kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, dass ein Meinungs austausch zu regionalen Problemen, darunter zu Syrien, stattfinden wird“, so Peskow. Ihm zufolge lässt sich die Tagesordnung des Treffens leicht voraussagen.’ „...Vor dem bekannten Zwischenfall, der Tragödie mit dem russischen Flugzeug, waren Russland und die Türkei durch vorangetriebene Partnerbeziehungen miteinander verbunden. Es wurde an einem ganzen Themenkreis der handelswirtschaftlichen und der Investitionskooperation gearbeitet. Es wurde ein inhaltsreicher politischer Dialog geführt“, so Peskow.

Dnr-online.ru/Dan-news.info/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) Die Lage in der DVR bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Straftruppen **466 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Der Gegner schoss 97 Artilleriegeschosse des Kalibers 122 und 152mm, 309 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm auf friedliche Ortschaften der Republik ab. Außerdem wurde mit Panzertechnik, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. Die Kriegsverbrecher Gobatjuk, Wodolaskij, Sabolotnyj, Subanisch, Pantschenko, Jakubow führten Beschüsse folgender Ortschaften durch: **Sajzewo, Showanka, Jasinowataja, Spartak, Kominternowo, Sachanka, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk.**

In der Folge der Beschüsse der Positionen der Streitkräfte der DVR starb ein Soldat. In der Folge der Detonation eines Geschosses der ukrainischen Seite im Petrowskij-Bezirk von Donezk auf der Krasnaja-Swesda-Straße 48 starb eine Frau.

Die ukrainische Seite zerstört weiterhin zielgerichtet Infrastrukturobjekte des Donbass. So wurde das Gebiet der Donezker Filterstation ein weiteres Mal mit Artillerie und Mörsern beschossen, in der Folge wurde eine Stromleitung beschädigt und die Stromzufuhr zur Station unterbrochen. Derzeit ist die Wasserzufuhr nach Jasinowataja, die Bezirke Kiewskij und Kujbyschewskij von Donezk sowie nach Awdejewka, das sich unter der Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte befindet, eingeschränkt.

Derzeit finden an der Donezker Filterstation Reparaturarbeiten statt.

Wegen des Artilleriefeuers der Straftruppen auf Sajzewo, Kominternowo, Sachanka und den Petrowskij-Bezirk von Donezk wurden 25 Wohnhäuser beschädigt.

Alle Angaben über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen wurden an die Vertreter der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination übergeben.

Wir stellen weiterhin eine Verstärkung der Gruppierungen des Gegners in Verletzung der Minsker Vereinbarungen fest. So in den Gebieten der folgenden Ortschaften:

- Kirowo, 6km von der Kontaktlinie, es wurde die Station von sechs 120mm-Mörsern festgestellt;
- Awdejewka, 5 km von der Kontaktlinie, es wurden Stationierung von drei 122mm-Haubitzen D-30 und vier 120mm-Mörsern bemerkt;
- Nowogrigorowka, 3 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von zehn 120mm-Mörsern festgestellt;
- Kamenka, 8 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von drei 152mm-Artilleriegeschützen „Akazija“ bemerkt.

Die ukrainischen Truppen haben weiterhin Verluste in der Folge des Fehlens von Zusammenarbeit mit benachbarten Abteilungen und des niedrigen Niveaus der militärischen Ausbildung der Geschützmannschaften. So haben Soldaten des 16. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade aufgrund unrichtiger Korrektur des Feuers bei der Durchführung weiterer provokativer Beschüsse Positionen des 12. Bataillons der 26. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Awdejewka mit Artillerie und Mörsern beschossen. Ergebnis der „Fehler“ waren mehr als 20 Tote und Verletzte.

Die nicht endenden Beschüsse von Ortschaften der Republik durch die Straftruppen zeugen davon, dass die ukrainische Seite völlig von der Erfüllung der Vereinbarungen des „Minsker

Formats“ Abstand genommen und endgültig den Kurs auf die Entfaltung von Kämpfen eingeschlagen hat.

Die Führung der Republik unterstützt weiter strikt die übernommenen Minsker Verpflichtungen und wird gleichzeitig eine Verminderung der aktiven provokativen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte unter Nutzung aller gesetzlichen Mittel erreichen.

De.sputniknews.com: Wenn die ukrainische Regierung nicht bald wenigstens die ersten drei Punkte der Minsker Vereinbarungen erfüllt, kann es bestimmt wieder Kampfhandlungen in der Ostukraine geben, wie der Delegationschef der selbsterklärten Republik Donezk, Denis Puschilin, einem Bericht der Zeitung „Iswestija“ zufolge äußerte.

„Die Situation verschlimmert sich täglich. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt kann sie wieder aufflammen und zu echten Kampfhandlungen anwachsen“, sagte Puschilin.

Die Ukraine erfülle die Minsker Vereinbarungen nicht und das sähen auch die Bürger, die jüngst eine Petition zu der Nichterfüllung der Vereinbarungen unterzeichnet hätten.

Der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR, Mirosslaw Rudenko, betonte, dass beide Volksrepubliken durchaus zum Widerstand gegen die Ukraine in der Lage wären. Zudem übte er Kritik an Deutschland, Frankreich und der OSZE, die ihre Partner in Kiew offenbar nicht beeinflussten.

Bei den von den Volksrepubliken geforderten Punkten der Minsker Vereinbarungen handelt es sich um:

- Unverzüglicher und allseitiger Waffenstillstand in einzelnen Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk und dessen striktes Befolgen
- Abzug aller schweren Waffen durch beide Seiten auf gleiche Entfernung, um eine Sicherheitszone von mindestens 50 Kilometern zu gewährleisten
- effizientes Monitoring und Verifizierung des Waffenstillstands und des Abzugs der schweren Waffensysteme durch die OSZE

Im Juli waren beim Beschuss von Städten und Siedlungen im Donbass im Osten der Ukraine durch die Kiewer Armee zwölf Menschen getötet und 46 verletzt worden.

Zuvor hatte sich Puschilin mit der Initiative an den OSZE-Sonderbeauftragten Martin Sajdik gewandt, eine Sondersitzung der Kontaktgruppe in Form einer Videokonferenz einzuberufen....

Abends:

Ukrinform.ua: Der ukrainische Premierminister Wolodymyr Hrojsman hat im Gespräch über die Privatisierung der regionalen Energieversorgungsunternehmen in der Ukraine festgestellt, die Herkunft der Investition spiele keine Rolle, Hauptsache ist der Eigentümer nicht aus dem Aggressor-Land.

Das sagte er in einem Interview mit „Interfax-Ukraine“.

„Es spielt keine Rolle, woher die Investition kommt. Am wichtigsten ist, dass der Privatisierungsprozess an sich selbst öffentlich und transparent sein muss“, sagte Hrojsman. Laut dem Regierungschef muss die Tradition geändert werden, wo die Bedingungen der Privatisierung sofort den Sieger bestimmen.

„Unsere Aufgabe ist, maximal transparente Konditionen zu stellen, und dann soll der Markt entscheiden, wer der Besitzer sein wird. Der Eigentümer spielt keine Rolle für uns, wenn er nicht aus dem Aggressor-Land ist, Hauptsache, dass er ehrlich, effektiv ist und in die

Modernisierung investiert“, betonte der ukrainische Ministerpräsident.

De.sputniknews.com: Wolhynien-Streit: Kiew will Polen Völkermord an Ukrainern vorwerfen
Dem ukrainischen Parlament ist eine Initiative vorgelegt worden, der das Vorgehen Polens gegen die Ukrainer in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Völkermord einstufen soll, wie der Rada-Abgeordnete Oleg Mussi via Facebook mitteilte

„Alle müssen die Lehren aus der Geschichte büffeln. Das ist eine Impfung gegen Wiederholung“, schrieb er.

„Die Geschichte der ukrainischen Erde unter der Herrschaft der Zweiten Polnischen Republik (polnisch II. Rzeczpospolita) und des Volkspolen ist eine Geschichte von Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Repressalien – eine Geschichte des Völkermordes am ukrainischen Volk seitens des Polnischen Staates“, heißt es bei dem Gesetzentwurf.

„Am 18. März 1921 war der Rigaer Vertrag unterzeichnet worden, demzufolge Wolhynien und Ostgalizien an die Polnische Republik (der Zweite Rzeczpospolita — Anm. d. R.) übergeben worden waren. Am 14. März 1923 hatte der Botschafterrat der Entente die Souveränität Polens über Ostgalizien endgültig anerkannt“, heißt es in einem Erläuterungsbericht.

Der polnische Senatschef Stanisław Karczewski nannte diesen Vorstoß Kiews Medienberichten zufolge eine schlechte Idee. Es gehe hierbei allein um eine gegenseitige politische Anschuldigung.

Anlässlich des 70. Jahrestages der Tragödie von Wolhynien hatte der polnische Sejm eine Resolution verabschiedet, die die damaligen Ereignisse als „ethnische Säuberungen mit Anzeichen eines Völkermordes“ bezeichnete.

Im Jahr 2015 hatte das ukrainische Parlament die Tätigkeit der OUN und der UPA als „Kampf für die Unabhängigkeit der Ukraine“ anerkannt. Eine der zentralen Straßen Kiews – früher nach der russischen Hauptstadt als Moskauer Prospekt benannt – trägt inzwischen den Namen Stepan Banderas, eines ukrainischen UPA-Nationalistenführers.

Das Oberste Gericht Russlands hatte Ende 2014 die Organisation „Ukrainische Aufständische Armee“ als extremistisch eingestuft und ihre Aktivitäten in Russland verboten. Im Jahr 1943 war die UPA im Kampf gegen die Sowjetunion gegründet worden. Im Februar 1943 haben die ukrainischen Nationalisten mit der Vernichtung der polnischen Bevölkerung in Wolhynien begonnen.

Am 11. Juli erreichten die Massaker ihren tragischen Höhepunkt: Hunderte polnische Siedlungen wurden angegriffen, wobei rund 100 000 Menschen ermordet wurden – hauptsächlich Frauen, Kinder und ältere Menschen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30845/07/308450765.jpg>

Dan-news.info: Die Donezker Filterstation hat ihre Arbeit wieder aufgenommen, die Einrichtung ist wieder an die Stromversorgung angeschlossen. Dies teilte heute der Pressedienst der kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ mit.
„Heute um 12:15 wurde die Stromversorgung der Donezker Filterstation wieder aufgenommen. Derzeit erfolgt die Auffüllung der hydrotechnischen Einrichtungen mit Wasser“, teilte „Woda DonbassaW“ mit.
Die Lieferung von Trinkwasser wird am 5. August wieder aufgenommen.

Ukrinform.ua: Die Frage der Ernennung des neuen russischen Botschafters Michail Babitsch in Kiew ist nach Initiative des ukrainischen Außenministeriums von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Die Frage sei nicht mehr „auf der Tagesordnung“, sagte die stellvertretende Außenministerin Olena Zerkal im Fernsehsender „5. Kanal“. Das Fehlen des Botschafters könne die bilateralen Beziehungen nicht beeinflussen.

Der vorherige Botschafter Russlands in der Ukraine Michail Surabow wurde Ende Juli von seinem Amt entbunden.

De.sputniknews.com: Kreml möchte weiterhin Botschafter nach Kiew senden

Russland hat bislang vor, einen neuen Botschafter in der Ukraine zu ernennen, wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Donnerstag mitteilte.

„Wir schlagen wie früher vor, einen neuen Botschafter zu bestellen. Das ist unser Herangehen an die bilateralen Beziehungen“, so der Kreml-Vertreter.

Wenn Kiew es für sinnvoll halte, das Niveau der diplomatischen Beziehungen zu senken, dann sei dies die Wahl der ukrainischen Seite, betonte Peskow.

Es sei inkorrekt, die Betonung darauf zu legen, dass Kiew den von Moskau als Kandidaten vorgeschlagenen Michail Babitsch nicht empfangen wolle. Wobei Peskow nicht präziserte, ob die russische Seite Kiew bestimmte Alternativen anbieten wird.

Am Vorabend hatte die ukrainische Regierung das Thema der Ernennung eines neuen Botschafters Russlands von der Tagesordnung abgesetzt. Das Fehlen eines russischen Botschafters beeinflusse die bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten nicht im Geringsten, erklärte das ukrainische Außenamt.

Dan-news.info: Kommentar Morosowas über die Verhandlungen zum Austausch von Gefangenen, zur Suche nach der Vermissten und zur Rückkehr festgehaltener Personen
Beim letzten Treffen hat die DVR ein weiteres Mal mit Taten gezeigt, dass sie in der Frage des Austausch von Gefangenen klare Positionen hat und bereit ist, ihn jederzeit durchzuführen.

Wir haben sorgfältig eine Liste mit 109 Menschen bearbeitet, die von der ukrainischen Seite vorgelegt wurde. Offiziell erkläre ich, dass auf dem Territorium der Republik 42 ukrainische Soldaten festgehalten werden. Alle sind bereit zum Gefangenenaustausch in dem Format, das im Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben ist. Ich merke an, dass aus unserer Liste die Vertreter der Ukraine in Minsk insgesamt 618 Menschen von 964 angegebenen bestätigen. Jetzt hängt alles vom politischen Willen des Präsidenten der Ukraine und seinen bevollmächtigten Vertretern bei den Treffen im Minsker Format ab.

Wir haben den ukrainischen Verhandlern mehrfach vorgeschlagen, einen Fahrplan zur Suche nach Vermissten auszuarbeiten. Wir bestehen auf einer möglichst schnellen Lösung dieser Fragen. 489 Familien haben sich an uns um Unterstützung bei der Suche nach ihren

Verwandten gewandt in der Hoffnung, wenigstens irgendwelche Informationen über sie zu erhalten. Ich kann annehmen, dass jene sich auch in ukrainischer Gefangenschaft befinden können. Aber die Zahl, die von den Vertretern der UNO genannt wurde, erschreckt noch mehr. Dies sind 3500 Vermisste seit Beginn der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine. Ich möchte erwähnen, dass mehr als 800 Leichen den Status „unbekannter Toter“ haben, die Arbeit zur Identifizierung muss fortgesetzt werden.

Ich will daran erinnern, dass die Frage der Rückkehr unserer Kinder, die aus der DVR auf von den ukrainischen Truppen kontrolliertes Gebiet gebracht wurden, wie zuvor ungelöst ist. Die Vertreter des offiziellen Kiew haben schon begonnen, Kommentare in den Fahrplan einzufügen, den die Vertreter von UNICEF vorgelegt haben. Wir fügen auch unsere Ergänzungen ein. Leider ist die Frage offen.

Die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa

De.sputniknews.com: Zur Unterstützung russischer Leichtathleten: Solidaritäts-Wettlauf in Rom

Am Vorabend der Eröffnung der Olympischen Spiele in Rio de Janeiro, am 4. August, hat im Olympischen Dorf in Rom ein Wettlauf der Solidarität mit den russischen Athleten stattgefunden, die von der Olympia-Teilnahme ausgeschlossen sind.

Der Solidaritäts-Wettlauf sollte Aufmerksamkeit auf die ungerechte Olympia-Sperre für russische Athleten lenken und Solidarität mit den russischen Sportlern zum Ausdruck bringen. Die Teilnehmer des Wettlaufs vertraten verschiedenste politische Anschauungen und kamen ohne Parteiplakate zu der Veranstaltung.

Einer der Veranstalter des Solidaritäts-Wettlaufs, der Präsident des Kulturverbandes Lazio-Russia, Mauro Antonini, äußerte zu der Initiative: „Seit mehreren Jahren widme ich mich der Stärkung der traditionellen Freundschaft zwischen Italien und Russland. Besonders jetzt, wo diese schmachvollen Sanktionen verlängert wurden. Die Sanktionen sind nicht nur eine Reaktion auf die Aktivitäten einer souveränen Nation wie Russland, sie sind eine Methode, mit der die westlichen Finanzstrukturen die italienische Wirtschaft und Industrie zu zerstören versuchen. Unsere Unternehmen haben wegen fremder Interessen Milliarden Euro verloren.“ Das Ausschließen russischer Athleten von der Teilnahme an den Olympischen Spielen dürfe nicht ohne Folgen bleiben, so Antonini. Der Solidaritäts-Wettlauf sei die erste Reaktion darauf. „Denn die Solidarität von Italien und Russland in Politik und Wirtschaft ist die einzige Garantie unserer Zukunft. Deshalb ist die heutige Veranstaltung nicht eine bloße symbolische Geste, sie ist eine Herausforderung. Sie bedeutet: Wir sind nicht aufzuhalten“, sagte er in einem Interview mit Sputnik.

Eine ähnliche Auffassung vertritt auch der Präsident des Verbandes „Caravella“ aus Sardinien, Salvatore Deidda. Wenn jemand von russischen Sportlern tatsächlich in Doping verwickelt sei, dann müsse er dafür bestraft sein, nicht aber alle sauberen russischen Athleten. „Wie kann man das ganze Volk bestrafen? Erinnern Sie sich an die Geschichten mit Ben Johnson und Lance Armstrong im Rennradfahren und an andere Vorfälle im Weltsport — es kam niemandem in den Sinn, wegen der Taten eines Menschen alle zu bestrafen“, so Deidda. Alle stärksten sauberen russischen Athleten sollten an den Olympischen Spielen teilnehmen, „damit die Sieger nicht denken, dass sie nur darum gesiegt haben, weil die Stärksten nicht dabei waren. Die Abwesenheit solcher Spitzenathleten wie Iassinbajewa wird lediglich zu einer Niederlage des Sportgeistes und zu einer Plage des Weltsports“, sagte er.

Dnr-news.com: Die Abgeordnete der Ukraine Nadjeshda Sawtschenko erklärte, dass es notwendig sei, die „ATO“ zu beenden, weil diese ein einziges Chaos sei. Dies sagte sie in einer Sendung des ukrainischen Fernsehprogramms „Expresso.TV“.

„Es ist eine gefährliche Rhetorik, die Einführung des Kriegszustandes zu fordern. Wir müssen dieses Chaos beenden, das man ATO nennt, so schnell wie möglich, ohne weiteren

Krieg“, betonte sie.

Sawtschenko ergänzte, dass im Donbass „unsere Menschen“ leben und man müsse „ihnen helfen, den Mut zu finden zu kämpfen.“